

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	14.12.2022
Federführend	Büro BM

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

21.12.2022

Betreff:

**Reduzierung der Kosten für die Liveübertragung der Ratssitzungen
Anfrage der Volt-Fraktion**

Frage 1:

Gibt es technische und/oder organisatorische Möglichkeiten, die Kosten für die Liveübertragung der Ratssitzung zu reduzieren, sollten sich alle Ratsmitglieder damit einverstanden erklären, gefilmt zu werden?

Antwort:

Derzeit erfolgt die Aufnahme der Sitzungen mit drei beweglichen, ferngesteuerten, sogenannten PTZ-Kameras und einer Totalen-Ansicht. So können die einzelnen Sprecher aus verschiedenen Positionen angesteuert werden, sodass ein guter Bildausschnitt des Sprechenden eingefangen werden kann und sichergestellt wird, dass keine anderen Personen mit auf dem Bildausschnitt erscheinen. Eine Reduzierung um eine Kameraposition, welches natürlich auch eine Reduzierung der Kosten bedeuten würde, würde jedoch dazu führen, dass nicht immer eine guter Bildausschnitt der sprechenden Person gezeigt werden könnte, bzw. die sprechende Person von davor oder daneben sitzenden Personen verdeckt wird. Es würde so zu großen Einbußen hinsichtlich der Qualität des Livestreams führen.

Derzeit ist eine der Funktionen der redaktionellen Betreuung durch eine Verwaltungskraft, dem Dienstleister mitzuteilen, wenn eine Person ausgeblendet werden muss. Dies würde natürlich entfallen, wenn sich alle Personen einverstanden erklären. Allerdings wird der Dienstleister auch bei der Zuordnung der Personen unterstützt. Wenn auf die redaktionelle Betreuung verzichtet werden soll (was sich nicht direkt kassenwirksam auswirkt sondern nur hinsichtlich dem Einsatz von Arbeitszeit der Verwaltungskräfte) so würde auch dieses zu Lasten der Qualität des Livestreamings gehen. Kamerawechsel und das Einblenden der Bauchbinden würde dann sehr viel länger dauern, bzw. bei kurzen Wortbeiträgen gar nicht mehr erfolgen können, da die Mitarbeitenden des Dienstleisters die Ratsmitglieder nicht persönlich kennen.

Frage 2:

Kann die Stadt Siegen über eine Änderung der Hauptsatzung unter Bezugnahme auf DSGVO § 6 (1e) festlegen, dass alle Ratsmitglieder gefilmt werden?

Antwort:

Mit dem Gesetz zur Einführung digitaler und hybrider Gremiensitzungen ist in § 48 GO NRW ein neuer Abs. 4 eingefügt worden. Danach sind in öffentlichen Sitzungen Bildaufnahmen zulässig, wenn sie die Ordnung der Sitzung nicht gefährden. Film- und Tonaufnahmen von den Ratsmitgliedern mit dem Ziel der Veröffentlichung sind in öffentlicher Sitzung zulässig, soweit die Hauptsatzung dies bestimmt.

In der Begründung des Gesetzes-Vorentwurfes (Referentenentwurf) der Landesregierung vom 14. Dezember 2021 auf Seite 32 wird auf Folgendes hingewiesen: „Ist eine Hauptsatzungsregelung getroffen, die Filmaufnahmen zum Zwecke der Veröffentlichung oder Berichterstattung einschließlich ihrer Übertragung bzw. Wiedergabe zulassen, besteht damit eine hinreichende Rechtsgrundlage auch für ein Live-Streaming von Sitzungen. Ist dies der Fall, bedarf es anders als bisher nicht der Einwilligung aller Ratsmitglieder in die mit dem Streaming verbundenen Datenverarbeitungsprozesse.“

Somit könnte die Stadt Siegen, sofern eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung eine Mehrheit findet, festlegen, dass alle Ratsmitglieder gefilmt werden dürfen auch ohne ein persönliches Einverständnis. Diese Regelung negiert die bisherige Rechtsprechung zur Verwendung am eigenen Bild. Ob diese neue Regelung insofern einer gerichtlichen Überprüfung standhält bleibt abzuwarten.